

## Kurze Notizen

Der Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Generaloberst von Blomberg, schiffte sich in Flensburg-Mürwik auf dem Segelschiff der Kriegsmarine „Gorch Fock“ ein, um sich von dem Ausbildungsstand der an Bord befindlichen Seeoffizieranwärter zu überzeugen.

Der Bundesführer der British Legion, Major Fetherstone-Godley, wurde vom Prinzen von Wales in Audley House empfangen. Major Fetherstone-Godley erstattete dem Thronfolger Bericht über den kürzlichen Besuch der Abordnung der British Legion in Deutschland.

Der Präsident der tschechoslowakischen Republik hat den Außerordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten Minister des Deutschen Reiches, Dr. Walter Koch, mit dem tschechoslowakischen Weißen Löwenorden 1. Klasse für zivile Verdienste ausgezeichnet.

In Belgrad ist eine Gruppe von 88 Volksgenossen aus der Pfalz eingetroffen, um an den 150-Jahr-Feiern des Bestandes einiger deutscher Gemeinden in der Banatska teilzunehmen, die seinerzeit hauptsächlich mit Pälzern besiedelt worden waren.

Wie polnische Blätter gerüchelt werden, bereitet die Regierung ein Amnestiegesetz vor, das voraussichtlich im Oktober, also nach den Neuwahlen zum Parlament, veröffentlicht werden soll. Ein Amnestiegesetz ist schon seit langer Zeit ermarktet worden.

Eine Abordnung französischer Frontkämpfer ist in Moskau eingetroffen. Unter ihnen befinden sich vier Kameradegesellen. Sie wurden auf dem Bahnhof von Vertretern der Sowjetbehörden und von dem französischen Volkshüter Wiphand empfangen.

Die sterbliche Hülle des französischen Marschalls Sautayre, die vorläufig in der Kathedrale von Nancy beigesetzt worden war, soll am 26. Oktober nach Marokko übergeführt werden. Der Marschall wünschte, hier seine letzte Ruhestätte zu haben. Der Sarg wird in Marseille von einem Kreuzer übernommen und, von mehreren Kriegsschiffen begleitet, nach Marokko gebracht werden.

Wie der Vertreter des englischen Kriegsministeriums im Unterhaus mitteilte, wird die englische Armee an Stelle des bekannten Lewis-Maschinengewehrs das leichte tschechische MG. einführen, das die Typenbezeichnung Bren erhält.

## Deutscher Leistungswille

Dr. Schacht über das Werk des Führers.

Berlin, 1. August.

In der Eingangshalle des Reichshauptbankgebäudes versammelten sich die Leitung der Reichsbank und Abordnungen der Gefolgschaft, um der feierlichen Aufstellung einer Büste des Führers und Reichslanzlers Adolf Hitler beizumohnen. Reichsbankpräsident Dr. Schacht führte in seiner Ansprache u. a. aus: Wie der Führer zum Schirmherrn des gesamten Reichsgefüges geworden ist, so ist er auch der Schirmherr des engeren Arbeitsgebietes der Reichsbank. Deutschland steht und fällt mit dem Gelingen der Politik Adolf Hitlers. Diese Politik ist in ihrem fähigen, großen Bufen der Wiederwehrhaftmachung Deutschlands zunächst ein außenpolitisches Problem; sie wäre aber gar nicht zu wagen und durchzuführen gewesen ohne eine entsprechende kühne Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Leistung, die hier von einem Volk vollbracht werden muß, das durch Krieg, Friedensvertrag und Nachkriegswirtschaft bis auf äußerste erschöpft wurde, die von uns allen geforderte Leistung geht weit über das hinaus, was jemals vorher in der Geschichte den Bürgern einer Nation zugemutet worden ist. Wenn man sich hierüber klar ist, dann weiß man, daß wir alle in äußerster Kräfteanstrengung und rücksichtsloser Staatsdisziplin uns hinter diese vorrangigste Aufgabe des zeitigen Deutschland und ihren Träger stellen müssen.

Jedes Abirren von dieser einen großen geschichtlichen Aufgabe bedeutet Gefahr. Alle Störungen der Willenskonzentration auf diese eine Aufgabe sind Verderb. Wir denken nicht daran, vor der ungeheuren Schwere der Aufgabe den Kopf in den Sand zu stecken, im Gegenteil. Wir können aber auch nicht zulassen, daß das Gewicht dieser Aufgabe durch vermeidbare Störungen untragbar gemacht wird.

## New Yorks Deutschtum protektiert

New York, 1. August.

Im Borort Yorkville veranstalteten die Deutsch-Amerikaner New Yorks eine große Protestkundgebung gegen die deutschfeindliche Haltung des Bürgermeisters La Guardia. Die Ausführungen der Redner rissen die den Saal bis auf den letzten Platz füllenden 2500 Deutschamerikaner wiederholt zu erregten Zwischenrufen und Kundgebungen gegen den Bürgermeister und die anderen Führer der antideutschen Bewegung hin. Der Deutschamerikaner Haegle legte feierlichen Protest gegen die Boykottpropaganda ein.

„Wir sind bereit, das Sternbanner mit unserem Leben zu schützen“, erklärte er in seiner Rede unter stürmischem Beifall der Versammlung, „aber wir werden auch mit unserem Leben die deutschen Flaggen als Symbol der Sauberkeit verteidigen.“

Ein anderer Redner richtete scharfe Angriffe gegen La Guardia und erklärte, der Bürgermeister und seine Anhänger stellen nur eine Minderheit dar. Die Deutschamerikaner würden La Guardia bei den nächsten Wahlen die Quittung für seine Handlungsweise geben. Die Versammlung nahm sodann einstimmig einen Beschluß an, in dem das Vorgehen des Bürgermeisters im Namen von hunderttausend Deutschamerikanern zurückgewiesen wird.

## Furchtbares Elend

### unter den Sudetendeutschen

Bei zehnstündiger Arbeit 10 Rpf. Stundenlohn

Unaufhörlich schreitet das Sterben der sudetendeutschen Industrie und damit die Verarmung breiter Volksschichten fort. Das ganze Elend des sudetendeutschen Volkes läßt sich aus den amtlichen Zahlenangaben nicht restlos erfassen, weil tausende Arbeiter, die seit Jahren arbeitslos sind, überhaupt keine staatliche Unterstützung erhalten und deshalb auch in den Arbeitslosenlisten nicht geführt werden; sie sind gezwungen, mit ihren oft kinderreichen Familien lediglich von den Zuwendungen ihrer Mitmenschen zu leben. Weitere Tausende von Arbeitslosen erhalten eine staatliche Ernährungskarte im Werte von 20 Kronen wöchentlich, das sind etwa 2 R.M., sofern sie für Familie zu sorgen haben. Aber auch denen, die arbeiten, geht es zum Teil nicht viel besser; sie erhalten die in der Großgärtnerei Ruhlsdorf in Wischerau bei Ries in Westböhmen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Stundenlöhne von 70 Hellern bis 1 Krone (7 bis 10 Rpf.). Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden. Nach Abzug der sozialen Lasten verbleibt den Arbeiterinnen ein Tageslohn von 6,50 Kronen (65 Rpf.), den Arbeitern von 9,30 Kronen (93 Rpf.). In dem genannten Ort kostet eine einfache Wohnung 50 Kronen monatlich, die Lebensmittelpreise sind in der letzten Zeit gestiegen. Es ist schwer, sich auszumalen,

in welch maßloser Verkündung diese Arbeiter mit ihren Familien leben.

Angeheure Not herrscht auch im Falkenauer Kohlengebiet; fast 14 000 Arbeiter waren früher in diesem Kohlengebiet beschäftigt, heute arbeiten kaum 5000 Arbeiter. Vor Jahren verdiente ein Kohlenarbeiter 200 bis 250 Kronen (24 bis 30 R.M.) wöchentlich; heute werden im Akkordlohn 50 bis 80 Kronen (5 bis 8 R.M.) verdient.

Auch in Joachimsthal im Erzgebirge, bekannt als Radiumkurort, herrscht große Not unter der Arbeiterschaft. In der staatlichen Tabakfabrik arbeiteten vor dem Krieg 1400 Arbeiter, heute sind es noch rund 400. Die Koffertfabrik Hofmann, die früher 200 Arbeiter beschäftigte, wurde stillgelegt und versteigert. Die Heimindustrie, die in erster Linie die Erzeugung von Klappspitzen betrieb, ruht vollkommen. Die Gemeinde ist mit mehreren Millionen Kronen Schulden belastet und kann oftmals ihren Angehörigen und Arbeitern Lohn und Gehalt nur teilweise auszahlen. Viele Steuerpflichtige müssen ihre Gemeindeforderungen, die an Mietzins, Wasserverbrauch und Strompreis entstanden sind, abarbeiten.

## Eine Erklärung

zu den kommunistischen Flugblättern in München.

Das erzbischöfliche Sekretariat in München veröffentlicht zu dem von uns gemeldeten Fund kommunistischer Flugblätter, in denen ein Bündnis mit den Katholiken propagiert wird, folgende Erklärung: Die Tagespresse meldet, daß die Kommunisten in München Flugblätter an die Katholiken verteilt hätten. Von kirchlicher Seite lehnen wir diese kommunistischen Machenschaften mit allem Nachdruck ab. Die katholische Kirche kämpft seit Jahren den schärfsten Kampf gegen den Bolschewismus und wird eben deshalb in Russland bis aufs Blut verfolgt. Wir waren und sind auch immer bereit, mit der staatlichen Obrigkeit im Kampf gegen den Bolschewismus zusammen zu arbeiten und weisen nach wie vor alle moskowitzischen Anbiederungsversuche, von welcher Seite sie auch kommen mögen, entschieden zurück. Wir dulden auch in unseren katholischen Jugendverbänden keine staatsfeindlichen Elemente und würden uns nachdrücklich jeden entfernen, der auf kommunistische Lockungen einginge. Somit ist der neue kommunistische Vorstoß, der in der Pfarrei St. Maximilian in München schon vor zwei Monaten ein ähnliches Verripel hatte und gerade durch das sofortige Eingreifen des Klerus erledigt wurde, ein plumper Versuch, die Katholiken als geheime Bundesgenossen der KPD zu verdingen. Der Polizei wird es sicher gelingen, den Drucker und Druckerort der Flugblätter ausfindig zu machen und die Verfasser und Abgeber zur Rechenschaft zu ziehen. V. A. gen.: Dr. Weichthanner, erzbischöflicher Sekretär.

Die Erklärung des erzbischöflichen Sekretariats in München ist in verschiedener Hinsicht interessant. Einmal geht daraus hervor, daß die katholische Kirche die Anbiederungsversuche der Kommunisten ganz energisch ablehnt und sich heute wie zuvor in einer Kampfstellung gegen den Kommunismus befindet. Es bleibt allerdings demgegenüber festzustellen, daß die kommunistische Propaganda in den katholischen Verbänden bisher nicht ohne Folgen geblieben ist. Wir haben gerade in den letzten Monaten z. B. eine Anzahl von Ueberfällen durch Angehörige der katholischen Jugendverbände auf Hiltlerjugende, Arbeitsdienstler u. dgl. erlebt, und es mußte immer wieder festgestellt werden, daß es in den katholischen Jugendverbänden eine ganze Reihe von staatsfeindlichen Elementen gibt.

Das erzbischöfliche Sekretariat hat eindeutig erklärt, daß staatsfeindliche Elemente in den katholischen Jugendverbänden nicht geduldet werden. Diese Erklärung ist sehr erfreulich. Es wäre nun abzuwarten, in welcher Weise ihr in Zukunft Rechnung getragen wird. Wenn gesagt wird, daß die katholische Kirche schon immer im Kampf gegen den Bolschewismus gestanden habe, so mag auf jeden Fall daran erinnert werden, daß das der katholischen Kirche naheste Zentrum viele Jahre lang enge Verbindungen mit dem gottlosleugnenden Marxismus einging und in zahlreichen Lebensfragen des deutschen Volkes sich eng an den Marxismus anlehnte.

## Eine Warnung

vor dem Zuzug von bedürftigen Juden nach Berlin.

Berlin, 1. August.

Der „Städtische Nachrichtendienst“ veröffentlicht folgende Warnung: In neuerer Zeit ist beobachtet worden, daß trotz der erschwerenden Umstände ein außerordentlich starker Zuzug von ortsfremden Personen, und zwar in der Hauptsache von jüdischen Elementen, nach Berlin stattgefunden hat.

Da dieser Zuzug in jeder Hinsicht unerwünscht ist und den Maßnahmen der Reichsregierung widerspricht, wird künftig für neu zugewogene hilfsbedürftige Juden — auch für Familien — die Fürsorge durchweg und ohne Ausnahme auf Anstaltspflege beschränkt und jede Unterstützung in offener Fürsorge verweigert. Diese hilfsbedürftigen werden grundsätzlich dem Städtischen Obdach zugewiesen und dort nur mit

dem Notwendigsten versorgt, um alsdann schnellstens wieder abgehoben zu werden. Es wird also vor dem Zuzug von Nichtariern nach Berlin auf das dringendste gewarnt.

Die Maßnahme gründet sich auf die 4. Verordnung zur Änderung der Reichsgrundzüge über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge vom 10. Februar 1934, durch die die sogenannten Notstandsgemeinden ermächtigt wurden, die Fürsorge für neu zuziehende Personen unter strengster Prüfung der Voraussetzungen der Hilfsbedürftigkeit auf das zur Fristung des Lebens Unerlässliche oder unter Ablehnung offener Fürsorge auf Anstaltspflege zu beschränken.

## Finnländischer Kriegsschiffbesuch

Das Bild des Führers auf einem Kriegsschiff.

Kiel, 1. August.

Von Helsingfors kommend, trafen die finnländischen Kriegsschiffe, das Küstenpanzerschiff „Vänämöinen“, das Kanonenboot „Haameenmaa“ und die Unterseeboote „Vehinen“ und „Jku-Turjo“, zu einem offiziellen Besuch im Kieler Hafen ein.

Vor Friedrichsort wurden 21 Schiffe vom finnländischen Küstenpanzerschiff für die Landesflotte gefeuert, die von der Salubatterie erwidert wurden. Auf der Höhe von Bellepue folgten 15 Schiffe für den Kommandierenden Admiral der Marinestation der Ostsee, die gleichfalls von der Salubatterie erwidert wurden. An der Blücherbrücke im Kieler Hafen hatte sich beim Signalturm eine große Menschenmenge angesammelt. Gleich nach dem Festmachen der Schiffe begab sich der finnländische Konsul Arp an Bord des Küstenpanzerschiffes, und deutsche Pressevertreter hatten Gelegenheit, unter Führung eines Offiziers das Schiff zu besichtigen. In der Kammer dieses Offiziers bemerkte man auch das Bild des Führers und eine Hafentruksflagge. Sodann fanden die offiziellen Besuche beim Kommandierenden Admiral der Marinestation der Ostsee, Bizeadmiral Albrecht, im Kommandogebäude statt. Weitere Besuche beim Befehlshaber im Luftkreis 6, Generalleutnant Jander, beim Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein, Staatsrat Polke, und beim Stellvertreter des Oberbürgermeisters der Stadt Kiel, Bürgermeister Wenkel, schlossen sich an, denen die üblichen Gegenbesuche folgten.

Am heutigen Donnerstag wird eine feierliche Kranzniederlegung am Marineehrenmal in Laboe durch die finnländische Marine und ein Empfang im Rathaus durch die Stadt Kiel stattfinden. Nach dem Einlaufen der deutschen Flotte zu ihren Übungen in den Kieler Hafen wird am Freitag ein Frühstück beim stellvertretenden Flottenchef, dem Befehlshaber der U-Bootsflotte, mit den finnländischen Gästen stattfinden. Ein Ausflug in die Holsteinische Schweiz wird den Gästen die Schönheiten deutscher Landschaft offenbaren.

## Adolf Damalschte †

Der Begründer der deutschen Bodenreformbewegung, Dr. jur. et theol. h. c. Adolf Damalschte, ist nach monatelanger Krankheit in Berlin an einem Krebsleiden gestorben. Adolf Damalschte, der im 70. Lebensjahre stand, hatte sich im vorigen Jahre einer schweren Darmoperation unterziehen müssen, die ihm aber bei der Bösartigkeit der Krankheit nicht die erhoffte Heilung brachte. Obwohl er dauernd an das Krankenlager gefesselt war, blieb er bis zum Freitag vergangener Woche bei völliger geistiger Frische unermüdet tätig.

Adolf Damalschte wurde am 24. November 1865 als Sohn eines Tischlermeisters in Berlin geboren. Ursprünglich war er Volksschullehrer. Schon frühzeitig beschäftigte er sich mit den Problemen der Bodenreform. Er legte sich die Vertretung dieser Ideen zur Lebensaufgabe und warb sich in langer mühevoller Arbeit eine Gemeinde im „Bund der deutschen Bodenreformer“. Seine Hauptlehre, daß der Boden Allgemeingut sein müsse und nicht dem einzelnen als Spekulationsobjekt dienen dürfe, konnte unter den früheren politischen Systemen nicht verwirklicht werden. Erst der Nationalsozialismus brachte sie zur Durchführung. Nach dem Kriege wurde Damalschte mit der Bildung des Ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium betraut. Der von dieser Körperschaft ausgearbeitete Entwurf eines